Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL. J. PETER, President.
1311 Howard Str. Telephon: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Des Moines, Ia., Branch Office: 407—6th Ave.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr $5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr $1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Nebr., Samstag, den 16. Juni 1917.

Ohne Gunst und ohne Haß.

Auf den vielen Tausenden von örtlichen Kommissionen, welche die Gesuche um Befreiung von der Dienstpflicht zu untersuchen und über Bewilligung oder Nichtbewilligung zu entscheiden haben werden, ruht eine schwere, eine furchtbar ernste Verantwortlichkeit. Sie haben in die Tat umzusetzen, was andere versprochen haben.

Als der Kongreß sich zum Grundsatz der zwangsweisen Aushebung, der allgemeinen Dienstpflicht bekannte, als Präsident Wilson die diesbezügliche Vorlage unterzeichnete, da gaben sie ein zwar wortloses, aber dessenungeachtet unbedingt bindendes und nicht zu mißdeutendes Versprechen, daß auch vor diesem Gesetze alle gleich sein würden, der Reiche und der Arme, der Mann mit politischem Einflusse und der Mann ohne ihn, der Weiße, der Indianer und der Neger. Die Mitglieder dieser Dienstbefreiungs-Kommissionen sitzen sozusagen als Richter über die Wahrhaftigkeit ihrer Mitbürger, und wenn jemals das Wort von der Gerechtigkeit, die blind sein muß, am Platze war, so ist es in diesem Falle.

Die Zustände und Vorkommnisse, wie sie in verschiedenen Teilen des Landes in den Jahren des Bürgerkrieges sich ereigneten und den Konskriptionsgedanken in solchen Verruf brachten, dürfen sich in diesem Kriege nicht wiederholen. Die Mitglieder der Kommissionen dürfen keine politische, geschäftliche oder persönliche Freundschaft oder Feindschaft kennen, dürfen sich in ihrem Urteile nicht durch Rassen- oder Klassengefühle beeinflussen lassen, dürfen sich nicht kniefchwach vor Reichtum oder angesehener Stellung beugen, aber auch nicht in übel angebrachtem Mitempfinden für den wirtschaftlich Schwachen ihn ungebührlich begünstigen.

Ohne Gunst und ohne Haß müssen die Dienstbefreiungs-Kommissionen ihres schwierigen Vertrauensamtes walten. Es darf ihnen nicht genügen, daß sie in der großen Mehrzahl der ihrer Beurteilung und Entscheidung unterbreiteten Fälle nach ihrem besten Wissen und Gewissen ihre Pflicht getan und nur in einigen wenigen, besonders berücksichtigungswürdigen Fällen, die über ihren Augen liegende Binde gelüftet haben. Das Gesetz, das sie geschaffen hat, schreibt ihnen ihre Aufgabe genau umrissen vor; diese Aufgabe haben sie ausnahmslos in allen Fällen zu erfüllen, wenn sie ihrer Pflicht gerecht werden wollen. Von ihnen und von ihnen allein wird es abhängen, ob die diesmalige Zwangsaushebung von dem Stigma der Parteilichkeit und Einseitigkeit begleitet sein wird oder nicht.

Bestrafung der Drückeberger.

Ein südstaatlicher Abgeordneter in Washington hat vorgeschlagen, daß diejenigen, welche sich der Registrierung entzogen haben, dadurch bestraft werden sollen, daß ihnen während der Dauer des Krieges durch einen Kongreßbeschluß das Wahlrecht entzogen werde. Der gute Mann hat diesen Vorschlag in vollem Ernste gemacht und aus jedenfalls sehr lobenswerten patriotischen Motiven; aber es geht ihm wie es so manchem anderen wohlmeinenden Gesetzgeber gegangen ist und gehen wird: in seinem zutgemeinten Eifer schießt er weit über das Ziel hinaus.

Der Vorschlag ist ganz einfach rechtlich undurchführbar. Der Kongreß als einer der drei Zweige der Bundesregierung kann seinen Einfluß selbstverständlich nur in Bundesangelegenheiten zur Geltung bringen; er könnte also höchstens durch einen Beschluß, der obendrein noch die Gutheißung des Präsidenten haben muß, nur das Bundeswahlrecht einschränken oder entziehen, nicht aber das Recht, an staatlichen, städtischen, County- und Townwahlen sich zu beteiligen. Da aber die nächsten Bundeswahlen nicht vor November 1918 stattfinden werden, bis zu welchem Zeitpunkte der Krieg hoffentlich längst beendet sein wird, so würde die Entziehung dieses Wahlrechts für die Drückeberger nur eine recht illusorische Maßregel sein.

Aber selbst davon ganz abgesehen, ist nicht gut einzusehen, wie einem Bürger durch einen bloßen Kongreßbeschluß ein Recht entzogen werden kann, das ihm in der Verfassung gewährleistet ist. Es heißt in derselben ausdrücklich, daß das Recht, die Mitglieder des Repräsentantenhauses zu wählen, an dieselben Bedingungen geknüpft sein soll wie das Recht, die Mitglieder des Unterhauses der Staatslegislatur zu wählen. Als vor einigen Jahren direkte Wahl der Bundessenatoren durch das Volk gutgeheißen wurde, wurde auch betreffs ihrer die oben erwähnte Bestimmung der Verfassung beigefügt, welche das Wahlrecht für die nationale Volksvertretung von den für Staatswahlen festgesetzten Qualifikationen abhängig macht.

So lange also nicht die Wahlgesetze der einzelnen Bundesstaaten eine Aenderung in dem Sinne des Vorschlages erfahren, den der Abgeordnete aus den Südstaaten gemacht hat, ist an eine Durchführung des Vorschlages nicht zu denken. Und die Vorgänge der letzten Jahre haben gezeigt, daß der Gedanke, die Staatenrechte im Gegensatze zu den Rechten des Bundes fest zu behaupten und womöglich noch zu kräftigen, eher an Boden gewonnen, als verloren hat, daß also die Staaten kaum etwas beschließen würden, was Zentralisierungsbestrebungen fördern könnte.

Unter Zwang.

In den wöchentlichen britischen Berichten über die Versenkungen durch die Tauchboote finden wir natürlich nichts über die neutralen Schiffe, die versenkt wurden, während sie auf der Fahrt von oder nach England durch die Sperrzone waren. Diese neutralen Verluste, besonders skandinavischer Schiffe, sind sehr bedeutend. Die Skandinavier sind sich der Gefahr einer Fahrt nach oder von den britischen Inseln wohl bewußt; sie setzen sich der Vernichtung nicht aus, weil sie selber es wollen, sondern weil sie dazu gezwungen sind.

Norwegen, Schweden und Dänemark haben keine Kohle; sie waren diesbezüglich stets von England abhängig. Wenn heute ein skandinavisches Schiff nach England fährt, um Kohlen zu holen, so muß es erst in britischem Interesse eine Fahrt durch die Sperrzone machen, ehe es Kohlen einnehmen und nach Hause bringen kann. Diese Extrafahrt ist der Preis, den England für seine Kohle verlangt; diese Extrafahrt setzt aber gleichzeitig das Schiff zweimal der Gefahr aus, torpediert zu werden.

Die Kohle wird nicht nur für die skandinavischen Industrien und Kraftstationen benötigt, sondern auch für die große skandinavische Handelsflotte. Großbritannien hat diesen Schiffen verboten, deutsche Kohle zu führen, welche sich auf der britischen Liste absoluter Bannware befindet. Ein Schiff, das heute deutsche Kohle benutzt, ist unter den gegenwärtigen britischen Prisengesetzen der Konfiskation ausgesetzt, wenn es jetzt oder auf einer späteren Fahrt dabei ertappt wird.

Wir haben dazu weiteres Beispiel für den Wert, den für Großbritannien seine Kohle, seine Kohlenladeplätze und seine Kontrolle des Kohlenhandels der Welt besitzen. (N. Y. Evening Mai.)

Militarismus.

Man hört jetzt vielfach den preußischen Militarismus als die Wurzel aller politischen Uebel bezeichnet, durch die der Weltkrieg entfesselt sei und seine grauenhaften Dimensionen angenommen habe. Und doch war der preußische Militarismus zu Beginn des Krieges weit weniger rigoros als z. B. der französische.

Allerdings ist Preußen das Karnickel gewesen, das die allgemeine Wehrpflicht, aus der dann der sogenannte Militarismus hervorgegangen ist, unter den Westmächten zuerst eingeführt hat. In Rußland bestand die allgemeine Wehrpflicht schon unter Peter dem Großen, wurde aber nicht in der systematischen Weise durchgeführt, wie es in Preußen seit dem Jahre 1808 der Fall war. Oesterreich und Italien führten die allgemeine Wehrpflicht im vollen Umfange erst 1867, Frankreich erst 1870 ein.

Nun war in Preußen und Deutschland allerdings jeder körperlich taugliche Mann mit dem 17. Lebensjahre wehrpflichtig und wurde mit dem 20. Lebensjahre zur Dienstpflicht herangezogen, wenn er nicht zur Ersatzreserve überschrieben wurde. Da unter dem Gesetz über die Friedenspräsenzstärke in Deutschland alljährlich nur etwa 350,000 Rekruten eingestellt werden konnten, während die Zahl der diensttauglichen jungen Leute, die das 20. Lebensjahr erreichten, mindestens 50 Prozent mehr betrug, so mußten diese 50 Prozent zurückgestellt werden und wurden in manchen Fällen wenige Wochen, in anderen Fällen gar nicht ausgebildet. Lehramtskandidaten, Lehrer und Geistliche, die nicht als Einjährig-Freiwillige dienen wollten, wurden sechs Wochen lang ausgebildet und dann zur Reserve entlassen. Die Einjährig-Freiwilligen mußten ihren eigenen Unterhalt stellen und bei der Kavallerie sogar für die Abnutzung des Dienstpferdes bezahlen, konnten sich aber Regiment und ihre Garnison wählen. Studierende konnten in der Universitätsstadt bleiben und im beschränkten Maße ihr Studium fortsetzen, so daß das Dienstjahr ihnen für ihren bürgerlichen Beruf nicht verloren ging. Der einzige Sohn einer Witwe, die von ihm abhängig war, wurde überhaupt nicht eingezogen und schließlich wurde die Dienstzeit für die Infanterie auf zwei Jahre herabgesetzt, von denen die Mannschaften aber in den meisten Fällen nur ein Jahr und zehn Monate, bis zur Beendigung der Herbstmanöver, bei der Fahne zu bleiben hatten.

In Frankreich wurde dagegen durch das Wehrgesetz vom Jahre 1812 das Institut der Einjährigen abgeschafft; jeder Franzose, einerlei, was sein Stand und Bildungsgrad war, mußte drei Jahre aktiv dienen und um die Friedenspräsenzstärke aufrecht zu erhalten, mußten sämtliche junge Leute, die das 20. Lebensjahr erreichten und tauglich waren, eingestellt werden. Frankreich ermöglichte es dadurch, trotz seiner weit geringeren Bevölkerungszahl eine ebensogroße Friedenspräsenzstärke wie Deutschland aufzustellen. Aber der Militarismus wurde zu diesem Zwecke in Frankreich weit schärfer gehandhabt als in dem vielverschrienen Preußen.

Rassengegensätze in Kanada.

Die jüngsten innerpolitischen Ereignisse in Kanada rechtfertigen die Befürchtung derer, welche mit den dortigen Verhältnissen wohlvertraut sind, daß eine Umgruppierung der jetzt bestehenden Parteien der Liberalen und der Konservativen auf einer Grundlage erfolgen werde, welche für ein Land mit gemischtstämmiger Bevölkerung die denkbar unglücklichste und unheilvollste ist, auf Grundlage von Rassengegensätzen.

Sir Wilfrid Laurier und Sir Robert Borden, der ehemalige und der jetzige Ministerpräsident, der Erstere der Führer der liberalen, der Letztere der Führer der konservativen Partei, konnten zu keinem Einverständnis über die Bildung eines Koalitionsministeriums für die Dauer des Krieges gelangen, und Sir Robert sieht sich jetzt genötigt, auf andere Weise die Stellung seines Kabinetts zu verstärken. Wie es den Anschein hat, will er versuchen, einige hervorragende Parteigenossen Sir Wilfrids zur Annahme von Ministerportefeuilles zu bewegen, um sich in den bevorstehenden parlamentarischen Kämpfen auf sie und ihre Gefolgschaft stützen zu können.

Gegen den Versuch als solchen wäre natürlich nicht viel einzuwenden, zumal er im großen und ganzen bloß den Beispielen folgt, die im Verlaufe dieses Krieges in Großbritannien und Frankreich gesetzt worden sind. Was ihm aber im vorliegenden Falle eine besondere und wenig erfreuliche Bedeutung verleiht, ist der Umstand, daß die sämtlichen von Sir Robert für Kabinettsposten in Aussicht genommenen Mitglieder der Gegenpartei britischer Abkunft sind, und daß nicht ein einziger davon Wahlbezirke in der Provinz Quebec, dem Sitze der Französisch-Kanadier, vertritt.

Wie aus dem Briefwechsel zwischen Laurier und Borden und aus den Berichten der Presse zu ersehen ist, war es die Frage der Einführung der zwangsweisen Aushebung, an welcher alle Versuche, Laurier zum Eintritt in ein Koalitionsministerium zu veranlassen, scheiterten. Was auch des liberalen Parteiführers persönliche Ansicht betreffs Konskription sein mag, er findet seine und seiner Partei Hauptstücke in der Provinz Quebec und ihrer Bevölkerung von fast ausschließlich altfranzösischer Abstammung, die in ihrer Opposition gegen Militärdienstzwang auch vor den äußersten Mitteln nicht zurückscheut, und muß dieser Volksstimmung Rechnung tragen.

Kommt jedoch ein Koalitionsministerium ohne Laurier, aber mit einigen seiner Parteigenossen zustande, so tritt der Natur der Sache gemäß sofort die Konskriptionsfrage in den Hintergrund, die Personenfrage und damit das Rassenproblem in den Vordergrund. Sir Wilfrid und Sir Robert werden dann nicht so sehr die Führer der liberalen, bzw. der konservativen Parteien als vielmehr die Führer der französisch-kanadischen, bzw. britisch-kanadischen Partei sein.

Eine solche neue Parteigruppierung auf Grundlage von Rassengegensätzen, wo dann auch religiöse Verschiedenheiten ihr Teil zur Verschärfung der Gegensätze beitragen würden, wäre ein schweres nationales Unglück für Kanada. Ist der jetzige Premierminister mehr auf das Wohl des Landes als auf Kräftigung seiner persönlichen politischen Macht bedacht, so wird er wohl auch Mittel finden, einem derartigen Zwiespalte vorzubeugen, wenn es sein muß, selbst um den Preis der Ministerpräsidentschaft.—W.

Volltreffer!

Eines Manes Rede—keines Mannes Rede—man höre sie alle beede. —Heiß wogt der Streit, ob Stahlschiffe, ob Holzschiffe am besten seien....General Goethals bestellt sie alle beede.

König Konstantin hat, von der Entente dazu gezwungen, abgedankt.—„Die Weltgeschichte ist das Weltgericht"....Wenn die Geschichte des großen Weltkrieges einmal geschrieben wird, so wird das Kapitel Griechenland eines der schwärzesten sein in Bezug auf Intriguen und Lügen, Verleumdungen und Verrat, Bestechungen und Bedrohungen und Vergewaltigungen.

Eins ist sicher, König Konstantin hat nicht, um seinen Thron zu retten, das griechische Volk in einen Bürgerkrieg, dessen Folgen gar nicht abzusehen gewesen wären, gestürzt. Er war der Abgott seiner Armee—wenn er sich an die Spitze dieser Armee gestellt hätte, wäre seine Absetzung nicht erfolgt, es sei denn, diese Armee wäre geschlagen und vernichtet worden.

Kapitän Persius warnt die Deutschen davor, Amerikas Macht zu unterschätzen. Die Deutschen haben nur zu oft den Fehler der Unterschätzung gemacht. Wir konstatieren diese Tatsache selbst auf die Gefahr hin, uns bei den hiesigen Reichsdeutschen unbeliebt zu machen. — Persius hat einen außerordentlichen Ruf als Militär- und Marine-Sachverständiger und Kritiker.—Persius sollte gehört werden. N. Y. Abendblatt.

Im Weltkrieg ist es bisher stets anders gekommen wie man sich das gedacht hat, und ganz besonders schlimm haben es die sogenannten Kriegspropheten getroffen. Es wäre daher vielleicht besser gewesen, wenn der Präsident in seiner Botschaft an die Russen auf jederlei Kriegsprophezeiung verzichtet hätte, zumal seine Zuversicht, daß Deutschland dem Untergang geweiht ist, im merkwürdigen Widerspruch mit den halboffiziellen, recht pessimistisch lautenden Erklärungen steht, die in den letzten Tagen von Washington in die Welt gesandt wurden. Die Russen könnten es vielleicht „Väterchen" Wilson gewaltig übel nehmen, wenn er sich in seiner Prophezeiung geirrt hätte.

Ueber die zwecklose Zerstörung der prächtigen alten französischen Stadt St. Quentin durch die englische und französische Artillerie äußert sich ein amtlicher deutscher Bericht folgendermaßen: „Es ist klar, daß die Beschießung der Stadt den Deutschen unbequem ist, allein die dadurch ihnen zugefügten Verluste stehen in gar keinem Verhältnis zu dem unersetzlichen Schaden, den sich Frankreich selbst zufügt. Die deutschen Verteidiger liegen ja gar nicht in der Stadt, sondern in den Gräben und Schanzen, die sich um die Vorstädte herumziehen. Und was im Innern der Stadt an Reserven liegen sollte, hält sich nach Einsetzung der Beschießung natürlich nicht mehr in den gefährdeten Häusern auf, sondern zieht sich in die Katakomben, die zehn und zwanzig Meter unter dem Erdboden liegen, zurück. Von dem Vorhandensein dieser caves de guerre genannten Höhlen müssen die Franzosen selbst doch am besten unterrichtet sein.' Nordfrankreich ist ein Land, das wilde, grausame Kriege Jahrhunderte lang durchtobten. Seine Einwohner haben alle Schrecken von Krieg und Zerstörung erfahren müssen, aber sie haben auch gelernt, sich dagegen zu schützen. Ueberall in Picardie und Artois finden sich in Städten und Dörfern diese oft Kilometer langen, weitverzweigten, unterirdischen Gewölbe und Höhlen, und gerade St. Quentin ist besonders reich an ihnen. Dem einen oder anderen Unvorsichtigen mag daher der englische und französische Granatenorkan Leben oder Gesundheit kosten, der militärischen Besatzung der Stadt vermag er jedoch nicht ernstlich zu schaden. Deutscherseits hat man wohl kaum mit einer derartigen Beschießung der Stadt gerechnet; es giebt genug andere Punkte an der neuen deutschen Front, die wesentlich bessere Aussichten für einen erfolgreichen Angriff bieten als gerade St. Quentin. Hinter der Stadt dehnen sich die Somme-Sümpfe aus, so daß ein Angrif niemals strategische Folgen haben kann."

Unversöhnliche Meinungsverschiedenheiten über die Kriegssteuervorlage herrschen im Finanzkomitee des Senats. Der Burgfriede: längst ein Ding der Vergangenheit!

Carey Cleaning Co. Tel. Web. 392.

For Justice in Taxation.

The national House of Representatives made a fairly good start toward the taxation of large fortunes. The war revenue bill as it left the House proposed new taxes on certain luxuries, and it levied a profitable and dacent surtax on incomes of more than $40,000. For a moment the poor were encouraged to believe that, for the first time in this country's history, wealth was to pay its fair share of the expense of a war.

But the bill has reached the Senate, and things begin to change shape.

The Senate finance committee's first move was to wreck the excess profits tax, which laid a gentle impost upon business profits above 8 per cent. Such a tax, the Senate committee believed, should be levied upon a five-year average rather than upon each year's profits. Capital does a good deal of flitting from tree to tree in five years' time, and the harvests are many; the five-year tax, of course, will yield less to the government and leave more for nimble capitalists. A special tax on war profits will not be a complete substitute for the House plan.

Then the Senate committee proceeded to hack away the manufacturers' 5 per cent. tax on gross sales, preferring to collect the tax from the consumer. The consumer probably would have paid, as usual, through higher prices unless government price-fixing extended even to luxuries. The House intended to raise $118,000,000 by this tax on motor vehicles, musical instruments, jewelry, pleasure boats and certain non-essential toilet articles. The Senate promises to get the $118,000,000 by some other form of taxation—an ominous promise.

The increased surtaxes on big incomes seems unjust to the Senate committee. So still another bunch of millions must be obtained by "some other form of taxation."

How far the Senate might dare go in exempting great aggregations of wealth from their share of the war's cost, and how the public would feel at seeing the same old taxation game worked in this democratic war, we don't know. But we do know that the subject is still an open one, and that if the public doesn't like the Senate's ideas those ideas will not be enacted into law.

The public will have a chance to do some talking in the next few weeks. It can talk through newspapers which are not controlled by some special capitalistic interest, and it can prod its senators. There are many senators who were keen for the conscription bill, and their constituents are waiting to see where they stand on taxation.

There need be no wild talk of confiscation—taxation isn't confiscation. And there need be no fear that wealth will be overtaxed, for the government well knows that capital must be left free to work for the expansion of industry. But the opportunities for taxation of wealth are plain. England taxes excess profits 60 per cent. It is ridiculous to suppose that a group of reactionary senators can prevent this government from collecting anything at all on such profits.

Lately the poor are paying taxes of hundreds of millions to the food speculators. They would much rather be paying their money to the government. They will patiently bear their share of any taxation. Those who cry out loudest against the war taxes are the very rich.

It is our guess that organized wealth isn't going to do all the shouting, this time.

— Gemütlich. Sommerfrischenwirt (zum Küster, um die Mittagszeit): Da hast a Maß Bier, halt mal die Turmuhr um a halbe Stunde zurück, — wir haben uns heute mit dem Essen verspätet, — sonst machen mir die Gäste Spektakel!

— Ihre Ansicht. Mutter (vorlesend): Und Gott machte den Menschen aus einem Erdenkloß...

Lieschen (unterbrechend): Mama, da hatte er wohl auch so schmutzige Hände wie ich?

— Münchner Küche. Braut: „Kochen kann i halt net, Joseph."

Bräutigam: „Kannst a Weißwurst warm machen?"

„Ja."

„Kannst a Schinkenhaxl sieden?"

„Ja."

„Dös genügt; 's Radischneid'n kann i selber!"

Military Decision Improbable.

Such news are reaches us from Russia, says Mr. Arnoux in the Boston Journal, indicates that in many towns and cities, outside of Petrograd and Moscow, a condition closely approaching anarchy prevails, and that their condition is a progressive one.

If only half the reports reaching us are true, it will hardly be possible for the Allies to count on any aid from Russia of any kind for a long time to come, if ever. And this is leaving all considerations of political trouble in the two or three important cities out of the question entirely.

If this probability becomes reality, the situation will be a very serious one for the Allies, and particularly the latest participant in the war.

Since its establishment the "New Republic" has shown by the connection between its articles and the subsequent action of the government that either its editors possessed the gift of divination to an extent far beyond ordinary mortals, or enjoyed the confidence of the present executive of the government.

In addition, the "New Republic" has, almost from the very outbreak of the war, been strongly in sympathy with the cause of Great Britain and France.

Under these circumstances the following quotation from an article, entitled the "Greater Victory," published in the "New Republic", dealing with the question of Russia, is of peculiar interest and also of particular importance to us. It says:

"If Russia it not prevented from drifting out, a military decision becomes impossible, except on one condition.

"There can be no victory over Germany except as a consequence of as complete an organization of the fighting power of the United States as that which has taken place in France and Great Britain. Germany could then leave a mere retaining force in the east and concentrate all reserves of guns, ammunition and men on the western line. The result for this summer and the next would at best be a hideously expensive stalemate.

"The deadlock could be broken only by the despatch of a huge American army to Europe —one so large that it could not be recruited, equipped and trained until the summer of 1919. Even then it might be impossible to transport it to Europe. In that case, instead of preparing to enlist and discipline 1,000,000 conscripts, we ought to be planning a draft of all able-bodied men between 20 and 40, and training camps for at least 4,000,000 soldiers.

"Instead of providing for financing a two-years' war, and levying $1,750,000,000 in taxation, we ought to look forward to three of four years of fighting, to casualties of several millions, to a revenue from taxation of $4,000,000,000 a year, to an ultimate national debt of not far from $40,000,000,000, and to a general condition of extreme famine in all the basic supplies of food and materials. It is an appalling outlook, and it will go ill with the men responsible for the government which brings consequences of this kind upon the American people.

"The result would almost certainly be a revolution in America far more bloody and drastic than the revolution in Russia. A war conducted until 1920 on a scale required by a military decision might bring peace with victory, but it would also bring victory with suicide."

It is no exaggeration to state that the condition and the consequences so graphically described in this excerpt actually confront the United States today, in spite of all the statements to the contrary, put forth from interested sources.

Take this piece of consolation, for instance.

"Sebastopol, via London, May 24.—The officers and men of the local garrison have unanimously requested that they be sent to the Riga front to fight the Germans."

If we glance at a map of Russia it will at once be apparent that the front to which this garrison asks to be sent is, of the entire Russian front, the farthest from such garrison, and furthermore that at a comparatively short distance from this garrison is the Rumanian front, where it probably could have all the fighting needed. Men anxious to fight usually seek to get into the fight as rapidly as possible, instead of taking the longest railway journey open to them first. We have not heard from the garrison at Archangel yet; probably this will ask to fight in Roumania.

FIGURES OF ANGLO-FRENCH CASUALTIES PROVE THE TOTAL FAILURE OF THE OFFENSIVE.

From April 1 to date the French and British claim to have captured a total of 54,584 prisoners—the French quota being 31,829 and the British 22,755—a very respectable figure, providing that the price paid therefore was not too high.

And this price, whatever it might have been, was paid for these prisoners only—since the gain in territory made by this offensive cannot be considered as important in either a tactical or strategic sense. During this same period the Germans have taken approximately 12,000 French and British prisoners, so the net advantage to the Allies in prisoners for these two months is somewhere in the vicinity of 42,000, provided, of course, the statements are based on real facts.

The only indication of the price paid for these 42,000 is the total British casualties for May, which amount to 114,000. During this month there was little fighting on the other fronts on which British troops are fighting, so that an allowance of 14,000 will probably amply cover these fronts.

In April the British casualties on the western front were very heavy, so heavy in fact that their total has not been publlshed by the British government.

Let us take them at the very moderate figure of 150,000, and we have a total for the two months of 250,000. The French casualties, assuming fighting of equal intensity and equal exposure, would probably, according to the prior experiences of this war, be about 25 per cent, less than those of the British, or 188,000, making a grand total for the Allies of about 438,000 for the two months at a very moderate estimate.

Now the Allies were the assailants and the experiences of Verdun seem to indicate that under the conditions of the present war the assailants suffer seven casualties to five for the assailed.

Hence if the Allied casualties were 488,000 the German were about 350,000. So that the 42,000 net prisoners cost the Allies about 138,000 uncompensated casualties, of which about one in four were killed or died of wounds, an aggregate of 34,000. **In view of the extreme shortage of men in the French army, was the game worth the candle?**

So far the Austrians claim 27,000 and the Italians 23,000 prisoners, but the losses of the attackers in dead and wounded must be enormous, as the broad and swift Isonzo is fordable only at one point and here the Austrians had established defensive works which took an awful toll from the enemy. Although the headlines assured us that the Italians are "only ten miles from Trieste," the actual distance is much longer. The immediate objective of the Italians is the port of Duino on the gulf of Trieste. Its capture in the near future is not improbable, says the "N. Y. Herold", but only then the real difficulties for General Cadorna will appear. The road to Trieste is blocked by the Hermada ridge, a most formidable barrier, where undoubtedly everything possible has been done to impede the progress of the enemy.

We are still of the opinion that the Italians actually do not hope of conquering Trieste. The last offensive was more of a political than of a strategic nature, it was to cheer the Italian people, who have suffered considerably of late, and to impress Uncle Sam, who is expected to advance large sums to Italy.